

Klaus-Uwe Gerhardt

## Eigeninitiative und Sozialpolitik

### *Zur Diskussion um ein garantiertes Mindesteinkommen*

Die bestehenden sozialpolitischen Instrumente sind unzureichend, kostspielig und kontraproduktiv. Um angesichts dessen zu zeigen, daß die Förderung von Eigeninitiative eine Alternative mit emanzipatorischem Gehalt darstellen könnte, werde ich mich (1) auf das Terrain traditioneller Sozialpolitik begeben und die Aspekte Dauerarbeitslosigkeit, Arbeitsbegriff, Herrschaftscharakter und neue Armut aufgreifen. Die Untersuchung der ökonomischen Krise markiert den Punkt (2) und somit die Frage, ob die materiellen Voraussetzungen für sozialpolitische Alternativen gegeben sind. Es kann angesichts ökologischer Zerstörung nicht einfach nur um eine Ausweitung der Versorgungsleistungen gehen, deshalb (3) die Frage nach dem Verhältnis von ökologischer Krise und Sozialpolitik. Die ersten drei Punkte umreißen den Kontext für den an anderer Stelle gemachten Vorschlag eines garantierten Mindesteinkommens (vgl. Gerhardt, Weber 1983, 1984). Es erscheint deshalb ausreichend, (4) kurz in die Diskussion einzuführen, um (5) mit zusammenfassenden Bemerkungen, die auf die Realisationsbedingungen knapp eingehen, zu schließen.

#### 1. Traditionelle Sozialpolitik, Arbeitslosigkeit und neue Armut

Wie unzureichend das System sozialer Sicherheit ist, zeigt ein kurzer Blick auf die offiziellen Armutsstatistiken. 2,3 Mio. Bundesbürger gelten offiziell als arbeitslos. Ein Teil davon erhält Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe. Eine von der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung finanzierte Studie spricht von 1,6 Mio. Menschen, die aus der Arbeitslosenunterstützung ausgegrenzt werden. (Zumutbarkeitserlaß, Verfügbarkeitsregelung, Einkommen der Verwandten u.a.) Über 2,5 Mio. sind Sozialhilfeempfänger, deren Einkommen ist seit Jahren nicht mehr angepaßt worden. Ein weiterer Teil, der kaum beziffert werden kann, („Dunkelziffer der Armut“), nimmt seine Rechte aus Unkenntnis, falscher Scham u.a. nicht wahr. Schätzungsweise leben 6 bis 10 Millionen Leute in materieller Armut.

Neben der Seite der materiellen Misere gibt es die qualitativen Aspekte. Sicherlich besteht trotz des Sozialabbaus ein sozialer Konsens darüber, daß der Staat für Leiden und Zerstörung des Wirtschaftssystems (teilweise) aufzukommen habe. Diesen Konsens gilt es auszubauen, indem die Transferzahlungen erweitert und aufgestockt werden. Die Unzulänglichkeiten des „sozialen Netzes“ und die Funktion der Sozialpolitik kann jeder hautnah spüren, der mit den Ämtern zu tun bekommt: Es mangelt an Transparenz und Gerechtigkeit, Kontrollfunktionen haben menschlich entwürdigenden Charakter, die ge-

sellschaftliche Spaltung in Beschäftigte und Arbeitslose, in Kernarbeiterschaft und Jobber, die Ausweitung unsicherer Beschäftigungsverhältnisse, werden vertieft. Die Sozialpolitik ist einseitig auf die Belange einer Arbeitsgesellschaft ausgerichtet, die immer weniger Beschäftigte nachfragt und eingerichtet worden ist, um die Individuen zu disziplinieren.

Es gibt eine historische Tendenz zur Entkoppelung von Lohnarbeit und Arbeitseinkommen — warum sollte dieser Trend sich nicht fortsetzen? Trotz aller „Pferdefüße“ des Systems „verdanken“ wir die Absicherung sozialer Risiken dem Kräftespiel zwischen Arbeit und Kapital, sprich: dem Streben der verschiedenen Teile der Arbeiterbewegung nach ein bißchen mehr Glück. (vgl. Alber 1982) Dies in einem doppelten Wortsinn: es diente der Repression und gewährte Konzessionen: Schon die Bismarckschen Sozialgesetze brachten eine Reihe von Zugeständnissen an die „Wohlfahrtsbedürfnisse“ einer zuerst ganz kleinen Gruppe unter den Arbeitern. (vgl. Hentschel 1983) Seit dieser Zeit wird nunmehr die bedingte Unterordnung der Sozialpolitik unter die ökonomischen Erfordernisse des Arbeitsmarktes für nötig erachtet. Vobruba (1984) unterscheidet in eine Phase unbedingter Koppelung, der eine Phase bedingter und dann eine Phase (relativ) loser Koppelung von Lohnarbeit und Einkommenserzielung folgte. Ungeachtet aller Rückschläge also, bei denen soziale Konzessionen niemals völlig zurückgenommen worden sind, kam es sukzessive zur Ausweitung der sozialen Bestandteile des Kapitalismus. Dieser Prozeß war durchaus notwendig, denn die Loslösung der Lohnarbeit (Flexibilität, Mobilität) zerstörten ja gleichzeitig die tradierten Formen der Familiensolidarität (und der archaischen Formen dörflich-sozialer Kontrolle). Daß alle Arbeitsfähigen unter die Knute der Lohnarbeit gepreßt werden könnten, scheint kaum vorstellbar. Das, was unentgeltlich in der Familie an Be- und Erziehungsarbeit und Pflege geleistet wird, würde niemals unter den Konditionen von Tarifverträgen bezahlt werden können. (95% der Krankenpflege erfolgt zuhause und selbst die restlichen Prozent erscheinen unfinanzierbar!) Hinzu kommt, daß der ‚Krake‘ Sozialstaat zunehmend und immer tiefer in die Privatsphäre eingreift, das wird von vielen nicht mehr einfach hingenommen. Selbsthilfe und Eigeninitiative ist also billiger und besser; daß Konservative ähnlich argumentieren, braucht nicht zu stören.

## 2. Zur ökonomischen Krise und ihrer Bedeutung für sozialpolitische Reformen

Wieviele leben eigentlich von Staatsgeldern oder werden nur aus therapeutischen Gründen beschäftigt? Daß hierin schon früh ein Problem gesehen worden ist, sollte nicht verwundern:

„Die Surrealisten sind die ersten gewesen, die die Arbeit systematisch attackiert, die Verlogenheit dieses Wertes entlarvt und erklärt haben, daß bezahlte Arbeit eine Schande sei.“ (Bunuel 1983, 114)

Die Religion der Arbeit hat seit dieser Zeit weiter Schaden genommen, doch zunächst wurde nach den Erfahrungen des Faschismus versucht, Beschäftigung als Mittel gegen Revolten einzusetzen. Demgegenüber behandeln die üblichen ökonomischen Theorien das Phänomen Zyklus und Krise auf einer Ebene, die nichts mit den Menschen zu tun haben scheint. Dabei sind es die unzureichenden Arbeitsbedingungen, die Widerstand auch gegen Arbeitsmoral bedingen (vgl. Pawlowski, Flodell 1984). Es werden verschiedene Ursachen offeriert für jene paradoxe Situation: steigendes Bruttosozialprodukt, steigende soziale Kosten und ‚tertiärer Kostendruck‘ (Auseinanderklaffen der Spanne zwischen Brutto- und Nettolöhnen), Krise auf dem Arbeitsmarkt. Überakkumulation, Staatsver-

schuldung/Finanzkrise, Rohstoffpreise, Nachfragesättigung, Strukturkrise, Weltwirtschaftskrise: alles abgeleitete Phänomene. Tatsächlich ist das einzig nicht abgeleitete Kriterium für die seit über 10 Jahren andauernde Beschäftigungskrise die Kostenentwicklung, die den Jahren der weltweiten Studentenunruhen der späten 60er folgte. Davon ausgehend, daß das Wirtschaftssystem ein sozialer Mechanismus ist, der äußerst sensibel auf die in Löhnen gehandelten Wünsche und Sehnsüchte der Menschen reagiert, ist dem nachzugehen, was von Konservativen in politisch eindeutiger Absicht (aber empirisch nachprüfbar) als „Anspruchsinflation“ beklagt, von mir zum Zweck der Überzeichnung undefiniert wird.

Grob läßt sich die ökonomische Entwicklung seit Anfang der 70er Jahre in drei Abschnitte unterteilen:

- die Zeit der „Anti-Inflationsstreiks“ nach dem Boom von 1969 bis einschließlich 1973
- die Zeit restriktiver Geldpolitik in den Folgejahren
- die Zeit, in der diese Politik durch staatliche Maßnahmen des Sozialabbaus ergänzt wurde.

Die Erdölkrise 1973 war sichtbares Zeichen des Scheiterns sozialdemokratisch-keynesianischer Staatsintervention; soziale Konflikte durch den Versuch von Vollbeschäftigung zu lösen. Die Arbeitnehmer fanden in den Jahren zuvor Möglichkeiten, Reallohnpositionen durchzusetzen, die bei Keynes nicht vorgesehen waren, d. h. über höhere Produktivitätsraten bzw. inflationär „auszugleichen“ gewesen wären.

Wenn die binnenwirtschaftlichen Kapitalstrategien aber stumpf geworden waren, was konnte die abhängig Beschäftigten dann disziplinieren? Die außenwirtschaftliche Tatsache der Ölpreiskrise hatte diese gesuchte Funktion — weiteren Zugeständnissen war das Wasser abgegraben. Geldpolitische Maßnahmen (Erhöhung der Kapitalkosten zur Lähmung beschäftigungswirksamer Investitionen) und ein forciertes Rationalisierungsschub waren konsequente Zeichen dafür, daß den Arbeitnehmern der verteilungspolitische Wind ins Gesicht bließ. Sie stellten den Versuch dar, die Initiative zurückzuerobieren.

Nun zur zweiten Phase. Obwohl die öffentlichen Hände gewillt waren, das Investitionsvolumen auf einem bestimmten Niveau zu halten, damit die Arbeitslosenzahlen nicht zu groß wurden, hatte ihr Engagement Grenzen. So stieg die zins erhöhende Neuverschuldung ständig, was z. B. das Unternehmen Siemens veranlaßte, sich auf dem Kapitalmarkt zu engagieren, statt zu investieren. Dies allein war vielleicht noch nicht ausschlaggebend, vor Erweiterungsinvestitionen zurückzuschrecken. Steigende Kosten mußten auf vorhandene Kapazitäten umgelegt werden, was der Investitionspsychologie kaum förderlich gewesen sein dürfte. Geringere Profitaussichten vertieften die Investitionsmüdigkeit.

In der dritten Phase mußten sich der Staat und das Kapital zusätzlich auf das Phänomen des Basiswiderstandes gegen eine hemmungslose Wachstumspolitik einstellen, d. h. einen ‚Zweifrontenkrieg‘ führen. Rationalisierungsinvestitionen, aber auch Kapitalexport in Drittweltländer erwiesen sich teilweise als geeignet, Arbeitseinkommen, Transferolumen und letztlich die Macht der Gewerkschaften zu begrenzen — trotz ihrer Funktion — ein nützliches „Abfallprodukt“. In der Tat wirkte sich das außerbetriebliche Moment, die sozialen Bewegungen, auf Investitionspläne aus: eine Reihe von Großprojekten wurde angesichts der Anti-Atomkraft-Bewegung storniert, verzögert und unprofitabel.

Eine linke ökonomische Theorie kann an diesen Entwicklungen nicht einfach vorübergehen, denn die Fakten zeigen, daß es im nächsten Boom nicht einfach, als wäre nichts geschehen, weitergehen wird. Der „subjektive Faktor“ Mensch provoziert technische Entwicklungen und damit letztlich jene Dynamik, die in langandauernde Arbeitslosigkeit mündet. Daß die ökonomische Krise eben mit der Krise des Sozialstaates korrespondiert, zeigt, daß die ökonomische Entwicklung eines „sozialen Motors“ bedarf, daß der sozio-

kulturelle Wandel die wirtschaftliche Entwicklung vorantreibt (vgl. Kaldor 1978, Negri 1972). Das Fazit des mehr theoretischen Teils ist, daß die Bedeutung der Sphäre der allgemeinen Produktionsbedingungen somit auch monetär anerkannt werden müßte. Die Diskussion um ein adäquates Sozialleistungsniveau krankt allerdings an dem zum Dogma erhobenen Sachzwanglogiken der Finanzkrise (vgl. Rahmann, Welsch 1982).

Dabei haben Unternehmer und Politiker kein eigentliches Interesse an einer Rückkehr zur Vollbeschäftigung — dauerhafte Arbeitslosigkeit könnte aber genauso unangenehm sein und sozialen Sprengstoff abgeben. Was tun in dieser Zwickmühle! Arbeitszeitverkürzung und Arbeitszeitflexibilisierung werden zwar diskutiert, die Beschäftigungseffekte werden aber zu gering ausfallen, daß sie eine wirkliche Alternative abgeben könnten.

Selbst hohe Wachstumsraten oder noch höhere Produktivitätszuwächse werden keine zusätzliche Beschäftigung bringen, sie wären zudem nicht sehr umweltverträglich. Was nicht jedem klar ist: Die Lohnsumme steigt nicht mehr so schnell, daher ist eine Neuverteilung der Erwerbsarbeit nur unter der Voraussetzung extremer Reallohnkürzungen vorstellbar; meint man etwa das unter genereller Arbeitszeitverkürzung! Ein weiterer Vorschlag zur Neuverteilung der „notwendigen Arbeit“ zielt darauf ab, daß jeder 20 000 Lebensarbeitsstunden, 900 pro Jahr, abzuleisten hätte und zwischenzeitlich Mindesteinkommen beziehen könnte (Gorz). Dabei handelt es sich um einen politischen Eingriff in die Wirtschaftsgesellschaft, wobei offen bleibt, wie die Einsicht in die Notwendigkeit vermittelt werden soll. Die Pflichtarbeit müßte laut Gorz zum Zwecke ihrer Austauschbarkeit „banalisiert“ werden: die Arbeitsmoral würde auf den Nullpunkt zurückgehen, folglich würde das Maß an Notwendigkeit wieder steigen und die erhofften Freiheitsgrade würden schon deshalb schrumpfen, weil die Pflicht eben verordnet und qua Obrigkeitsstaat durchgesetzt werden müßte.

Wenn also die sozialen und politischen Probleme der Arbeitsgesellschaft vor ihrem Ende nicht durch Beschäftigung zu lösen sind, wie dann? Ein garantiertes Mindesteinkommen als sozialpolitische Reform, kombiniert mit Strategien zur Verkürzung der Arbeitszeit, stellt die einzige Möglichkeit dar, angesichts der Tatsache, daß der ökonomische Hebel betrieblicher und gewerkschaftlicher Auseinandersetzungen immer kürzer wird und die Gefahren der Spaltung der Gesellschaft immer größer.

Die sozialen Revolten müssen kostenwirksam sein, damit ein außerbetrieblicher ökonomischer Hebel für soziale Veränderungen angesetzt werden kann.

### 3. Die ökologischen Bedingungen einer anderen Sozialpolitik

Das Problem ökologischer Politik ist ein doppeltes: zum einen verkommen ökologische Forderungen in Parlamenten zum Umweltschutz, werden verwässert und tragen nicht eigentlich zur Lösung der ökologischen Krise bei; zum anderen sind Ökologie und Ökonomie weitgehend unverträglich. Vermittlungsversuche scheitern zumeist. Wie also ist den Belangen von Natur und Mensch gerecht zu werden? Welche Bedingungen einer anderen Sozial- und Wirtschaftspolitik sind anzugeben? Im Zusammenhang der Partei der GRÜNEN wurde versucht, ökologische Leitideen anderer Sozialpolitik zu formulieren. Hervorzuheben sind die Stichworte Solidarität, Prävention, Dezentralität, Einfachheit, Durchschaubarkeit, Selbsthilfe, Abkoppelung vom Wirtschaftswachstum etc. (vgl. Opielka 1983).

Das bedarf der Umsetzung: Um den anfangs problematisierten Irrweg der Nur-Kompromisse zu umgehen, wäre herauszustellen, was unter ökologischer Lebensweise zu verstehen ist. Das Problem ist ja, daß, wenn sie „verordnet“ wird, das Ergebnis kaum „ökologisch“ zu nennen ist. Etwas anderes kann der ÖKOLIBERTÄRE Vorschlag sein,

zwischen der umweltzerstörerischen Lebensweise (Lohnarbeit) und einer ganzheitlichen, der Natur zugewandten Lebensweise, Wahlmöglichkeiten eröffnen zu wollen (vgl. Schmid 1984). Das sichert freilich noch keinen Übergang zur ökologischen Lebensweise schlechthin, hat aber den Vorteil des tiefgreifenden Effekts. Das würde ich den bedürfnisorientierten Ansatz nennen. Beide Kulturorientierungen auszuprobieren, ermöglicht, Gefallen am Anderssein zu finden.

Die Menschen sind kulturelle Wesen, respektive Wesen, die tätig sind und als „Machende“ in die Natur eingreifen. Damit diese Eingriffe heilenden Charakter erhalten können, ist es nötig, ökonomisches Handeln zurückzuschrauben. Was legt dies nahe?

Die vom Produktionssystem verursachten Schäden laufen Gefahr — verrechnet man diese mit dem Bruttonutzenprodukt — von den „Werten“ kaum viel übrigzulassen. Von ökologischer Sozialpolitik ist mithin dann zu sprechen, wenn sie die Arbeitszentriertheit aufheben hilft. Dies kann von einem Mindesteinkommen angenommen werden. Das Ökologische an der Idee des Mindesteinkommens ist somit, daß es den sozialpolitischen Ansporn zu höchster Produktion überflüssig macht (vgl. Galbraith 1972). Es sichert zugleich materielles Auskommen und bietet einen Ansporn, sich in Kollektiven zusammenzutun (vgl. unter „Modelle“). Zu Askese zwingenden Versorgungsengpässen braucht es einmal wegen der beschriebenen ökonomischen Situation nicht zu kommen und aufgrund der Funktionsweise des Mindesteinkommens. Ein Paradebeispiel dafür, daß Einsparungen im übrigen keineswegs notgedrungen mit Verzicht gleichzusetzen sind, ist durch die Energiepolitik und gewandeltes Verbraucherverhalten der letzten Jahre belegt. (vgl. Berger 1984) — Die Korrelation zwischen Wirtschafts- und Energiewachstum ist heute weniger eng. Im Verkehrssektor liegt ein weites Feld für Verbesserungen der Lebensqualität. Schlechterdings haben Preis- und Umweltschutzpolitik ihre Grenzen, doch zeigt die Erfahrung, daß schrumpfender Verbrauch durch die Hintertür tritt. Wenngleich dieser nicht mit Wirtschaftsschrumpfung (vgl. Jaeger 1980) verwechselt werden darf.

Verringerter Output ist indes noch nicht ökologisch. Es muß noch etwas hinzutreten. Die ökologische Frage ist zudem eine sozialpsychologische und emotionale. Eine zweite Bedingung lautet deshalb: eine ökologische Orientierung hängt von der Ebene der Alltagserfahrungen und davon ab, ob alternative Lebensweisen subjektive Bedürfnisse befriedigen und als tragfähige Alternativen begriffen werden können. Folglich geht es in der Frage des Mindesteinkommens nicht um die Bekämpfung des Althergebrachten, sondern um die Förderung von Alternativen. Durch Integration verschiedener Bedürfnisseelemente (vgl. Fromm 1974, Damm 1975) erweitern sich Handlungsspielräume — dies ist ökologisch und politisch bedeutungsvoll.

Hinter einem Mindesteinkommen steht somit die Frage, ob und wie der Übergang zu Formen kollektiver Strukturen und kultureller Selbstversorgung auf gegenseitiger Hilfe sowohl finanzierbar, als auch lebbar ist. Lohnarbeit — dann aber auf reduziertem Level — und andere berufliche, außerhäusliche Tätigkeiten schließt das nicht aus. So würde ein Mindesteinkommen Alternativprojekten aufgrund der Personalkosten-Subventionierung förderlich sein. Ob von ökonomisch orientierten Projekten allerdings der Anteil der Marktproduktion gesenkt wird, hängt von den Diskussionen inner- und außerhalb der Projekte ab. Ökologisch kann das Mindesteinkommen in dem Maße auf alle Bereiche der Ökonomie wirken, wie sich marktorientierte Produktion und monetär strukturierte Arbeit vermindern läßt. Die Wiederherstellung des Brauchs zu Schenken spielt dabei sicherlich eine große Rolle (vgl. Bataille 1975).

Mit der Unterstützung jeder Form von Selbsthilfe und -versorgung würden längerfristig Entstaatlichungs-, Entkommerzialisierungs- und Entökonomisierungsprozesse eingeleitet. Mit konkreter Projektförderung und/oder Jungunternehmer-Darlehen hingegen erhält der Staat und die Ökonomie Handhabe auf die Projekte. Kontrollmöglichkeiten („Alternativtest“) bei dieser Art Förderung sind sehr ausgeprägt. Deshalb ist nicht ei-

gentlich klar, warum die Personenförderung nach Art des Mindesteinkommens als „Kopfgeld“ diffamiert wird. Die Forderung nach Selbstverwaltung ist ökologisch nicht zureichend (vgl. die Umweltskandale in Alternativprojekten).

#### 4. Zur Funktions- und Wirkungsweise des Mindesteinkommens

Nachdem der sozialpolitische, der ökonomische und der ökologische Kontext anderer Sozialpolitik skizziert und Reformbedingungen benannt wurden, ist es nun möglich, das Mindesteinkommen als wesentlichen Bestandteil einer Alternative zu diskutieren. Das Konzept garantierten Mindesteinkommens wurde an anderer Stelle ausführlich beschrieben (vgl. Gerhardt/Weber 1983, 1984), so daß ich mich hier auf eine knappe Funktionsdarstellung beschränken kann. Anhand einer tabellarischen Übersicht wird die Wirkungsweise des Konzepts grob illustriert.

In der theoretischen Diskussion werden zwei vom Prinzip her identische Mindesteinkommensmodelle unterschieden: Sozialdividende und negative Einkommensteuer. Bei den beiden liegt die finanztheoretische Idee der Integration von Steuer- und Transfersystem zugrunde und die sozialpolitische Idee, daß Bedürftigkeitstests (mit Ausnahme des Einkommens) entfallen können und durch „Teilhaberrechte“ zu ersetzen sind. Der, der über kein Einkommen verfügt, bekommt Sozialeinkommen vom Staat. Verdient er Nebeneinkommen, dann erhält er bis zu einer gewissen Grenze weiterhin Transferzahlungen. Vergleichbar zum bestehenden Einkommensteuersystem wirkt ein Steuersatz und verringert entweder die Höhe des staatlich gewährten Sozialeinkommens (negative Einkommensteuer) oder vermindert die Höhe des Arbeitseinkommens (Sozialdividende). Die Höhe des Steuersatzes bestimmt den Punkt „kritischen Einkommens“, an dem weder Sozialeinkommen gezahlt noch Steuern bezahlt werden müssen. (vgl. Abb. 1) Die durch diesen Mechanismus möglichen „Mittelwege“ der Präferenzwahl zwischen Arbeit und Freizeit haben die gegenläufigen Funktionen:

1. den Druck der Reservearmee auf den Arbeitsmarkt zu entlasten („Garantieeffekt“) gleichzeitig die Leistungsbereitschaft zu stärken („Anreizeffekt“);
2. die Transferkosten pro Empfänger zu mindern und kumulierte Inanspruchnahme zu vermeiden („Finanzierungseffekt“)
3. Arbeitslose „unter Dampf“, arbeitsfähig, zu halten, sich dem Arbeitsmarkt weiterhin zur Verfügung zu stellen („Rotationseffekt“),
4. Stigmatisierungseffekte sozialpolitischer Regelungen auszuschließen („Inanspruchnahme“-Effekt),
5. die Identifikation mit dem Staat wiederherzustellen („Legitimationseffekt“).

Für die negative Einkommensteuer liegen Ergebnisse sozialer Experimente aus den USA vor. (vgl. Robins et al. 1980) Sie kosteten einige 100 Mio. Dollar und es nahmen Tausende Familien und Einzelpersonen aus mehreren Städten und Regionen der USA teil. Untersucht wurden die Wirkung negativer Einkommensteuer auf das Arbeitsangebot, die Kosten und sozialpsychologische Wirkungen. Die Resultate schwankten mit der Höhe des Garantiebetrages, der Höhe der Steuerrate, der Kombinationsweise dieser zwei Größen, der Art und des Kreises der Empfangsberechtigten und der Zahl der entfallenden Wohlfahrtsprogramme. Nach diesen Experimenten würde das Arbeitsangebot gemessen in jährlichen Arbeitsstunden um insgesamt 5% sinken. Die Mehrkosten des Programms sind von der konkreten Ausgestaltung abhängig.

Die Ergebnisse dürften zwar kaum übertragbar sein, noch soll hier die Frage der Notwendigkeit oder der politischen Funktion solcher Tests beantwortet werden. Es gibt zu viele Unwägbarkeiten, als daß von vornherein die Wirkungsweise geschätzt werden

könnte. Es kommt eher darauf an, von welchen Einflußfaktoren die Ergebnisse bestimmt werden. Hinsichtlich der Kosten ist es möglich, Spannweiten anzugeben. Die Einführung der negativen Einkommensteuer in der BRD würde grob geschätzt Mehrkosten in Höhe von 40 bis 70 Mrd. verursachen. Dieser Schätzung liegt eine nach Art, Höhe und Empfängerkreis beurteilte großzügige Variante zugrunde. Zu rechnen ist mit 5 bis 10 Mio. Empfängern, die ganz oder teilweise Einkommen nach der negativen Einkommensteuer beziehen. (In den USA nahmen die Empfänger durchschnittlich 1/3 des Garantiebetrages in Anspruch.) Die Mehrkosten einer Reform sind durch Umschichtungen und Streichungen in bestehenden öffentlichen Haushalten, durch Wegfall von Subventionen, unökologischen Großprojekten usw. zu finanzieren. Das Mindesteinkommen soll nicht durch Steuererhöhungen finanziert werden.

In diesem Sinne stellt sich an eine andere Sozialpolitik die Anforderung, daß sie den Sozialstaat in seiner unbefriedigenden Form überwinde. Zwar dürfte es notwendig sein, Steuerhoheit, Einnahmen- und Ausgabenverteilung weiterhin auf hoher administrativer Ebene zu belassen. Die Entscheidungen darüber aber, wie die Mittel zu verwenden sind, sollten von der untersten Ebene getroffen werden. Auf diese Weise mögen sich dezentrale „kleine Netze“ bilden; sie können sich kaum aus dem Nichts erheben, sondern entstehen aufgrund zielgerichteten Handelns. In dem Maße, in dem die Menschen selbstversorgend und sich gegenseitig helfend ihre Dinge wieder in die Hände nehmen, in dem Maße sinkt auch der Versorgungs-, Staats- und Sozialbedarf. Diese kulturelle Umwälzung ist nicht umsonst zu haben.

#### 5. Bedingungen der Realisierung von Mindesteinkommen

Die Bedingungen für die Durchsetzbarkeit sozialpolitischer Reformen stellen sich im Boom anders als in der Krise dar. In dem Sinn liegt mit der momentanen Situation eine „Zwitterstellung“ vor, da zwar eine eklatante Krise auf dem Arbeitsmarkt besteht, die wirtschaftliche Situation dennoch positive Wachstumsraten zeigt. Bedingt dadurch stehen die Zeichen für Reformen gut und schlecht zugleich; es müssen so noch andere Kriterien beachtet werden.

Gibt es übergeordnete Interessen, die ein garantiertes Mindesteinkommen bewirken könnten? Mindesteinkommen ist ein Reformvorschlag, der die Arbeitszentriertheit zwar lockert, eine Berufsorientierung aber nicht zerstören darf — dies nicht nur im Sinn der Aufrechterhaltung des Arbeitsangebotes. Die Verbesserungen sozialer Leistungen erhofft man sich gemeinhin von sozialdemokratischer Seite (war allerdings von den Sparoperationen der letzten Jahre unter Schmidt nicht sonderlich überrascht). Das keynesianische Projekt, SPD und Gewerkschaften an der Macht sichern im Interesse fortschrittlicher Kapitalfraktionen den sozialen Frieden und integrieren Protestpotentiale, dieses Szenario ist aufgrund der Eigendynamik sozialer und ökonomischer Interdependenzen gescheitert. Dennoch existiert die nunmehr den Wendepolitikern zugefallene Aufgabe, den sozialen Frieden zu hüten gleichwohl. Daß diese sich mit den Arbeitslosen anlegen werden, erwartet wohl niemand ernstlich. Sicherlich gibt es Kürzungen hier und da; sie haben aber wohl nicht den Umfang wie in früheren Krisenzeiten. Im Zusammenhang damit spreche ich von „rechtem Reformismus“. Durchaus auf dieser Linie liegen die in CDU und FDP diskutierten Modelle negativer Einkommensteuer oder direkter Einkommensübertragungen für die Landwirtschaft. Sozialdemokratische Alternativen dazu und zum bekannten Muster sozialdemokratischer Staatsinterventionen gibt es kaum. Vorschläge wie die des „Staatsbürgergeldes“, die bis zu einem Drittel des Bruttosozialproduktes zu sozialen Zwecken umwälzen soll, kommen interessanterweise aus CDU-

Kreisen (vgl. Engels 1975). Das muß aber nicht heißen, die konservativen Absichten der Restrukturierung industrieller Beziehungen und der Durchrationalisierung würden die Oberhand gewinnen. Die sozialen, politischen und konjunkturellen Umstände sind nämlich nicht dergestalt, daß ein sozialpolitisches Tabula rasa zu befürchten ist, wie die FAZ in einem Artikel mit Bedauern anmerkt (vgl. Rudolph 1984).

Rechte wie Linke sind sich in der Frage der Erhaltung der Arbeitsmoral einig. Dagegen verstößt das Mindesteinkommen auch gar nicht. Gleich, ob der darin konzipierte Anreizmechanismus greift oder nicht, die materielle Grundversorgung scheint das einzig vorstellbare Projekt zu sein, die Arbeitsmoral unter den gegebenen ökonomischen Umständen stabilisieren zu können. In diesem Sinne haben frühere Arbeiten über die Funktion der Sozialpolitik immer noch Bedeutung, in denen deren Doppelstellung beschrieben worden ist: Sie ist „Fremdkörper“ und „Bestandteil“ des kapitalistischen Systems zugleich. Das „konservativ-revolutionäre Doppelwesen sozialpolitischer Maßnahmen wird getragen von der Dynamik sozialer Bewegungen“ (vgl. Heimann 1980). Auf eine das sozio-kulturelle Minimum wirklich absichernde Art und Weise scheint das Mindesteinkommen daher aus zwei Gründen durchsetzbar: 1. Aus Effizienzgründen (Garantie-, Anreiz-, Rotations- und Legitimationseffekt nur bei Garantiehöhen oberhalb des Sozialhilferegelsatzes möglich), 2. wegen des Drucks sozialer Bewegungen. Sozialleistungen können sich eventuell sogar verbessern, wenn neue Produktionskonzepte den „denkenden Arbeiter“ erfordern, so daß neue Technologien effizient eingesetzt werden können (vgl. Kern, Schumann 1983, 1984). Innovativ denkende Unternehmer werden deshalb möglicherweise auch dafür zu gewinnen sein, das Los der Arbeitslosen zu verbessern. Eventuell ließe sich das Unternehmerlager sogar spalten. Der Druck der industriellen Reservearmee auf Lohnabschlüssen und Arbeitsbedingungen wird zwar allgemein für das Schmiermittel der Wirtschaftsgesellschaft gehalten, ab einem bestimmten Punkt könnte diese Wirkung jedoch umschlagen, dann nämlich, wenn die Bedingungen im Betrieb und außerhalb gleich schlecht werden. Dieses „Harakiri“ würde nur Reibungsverluste bringen. Soziale Veränderungen stehen somit mit der technisch-ökonomischen Entwicklung nicht in Widerspruch. In der Tabelle sind dazu einige Kriterien aufgelistet. Deutlich erkennbar ist deren Überschneidung in eine Reihe von Punkten, z.B. Leistungsbereitschaft/ sinnvolle Tätigkeiten/ Finanzierbarkeit/ Anreiz zur Bildung von Gemeinschaften. Der politische Vorteil derartiger Überschneidungen liegt darin, daß damit Bündniskonstellationen quer zum Parteienspektrum vorstellbar werden. Der Vorschlag des Mindesteinkommens lebt davon, daß die politischen Eingriffe in das ökonomische Geschehen im Gegensatz zum Vorschlag, die Manager durch Staatsbürokraten ersetzen zu wollen, recht klein gehalten werden: Weder bessere Durchsetzbarkeit noch die Einsicht, daß man schließlich aufkosten eines „formalen Sektors“ lebte, ist hierfür das Motiv, sondern die Erkenntnis, daß sich am Wesen der Wirtschaftsgesellschaft, gleich welchen politischen Systems, dadurch nichts ändern würde. Will man aber was ändern, so bleibt nur, eine Politik einzuschlagen, die es langfristig möglich machen würde, daß man auf die monetären Überschüsse in immer geringerem Maße angewiesen ist. Der Versorgungsbedarf läßt nach, nachdem der Staat anfänglich die Eigeninitiative mit einer „Starthilfe“ gefördert hat.

Es geht also darum, ein soziales Klima für politische Veränderungen zu schaffen, ein Klima, das sich nicht im „luftleeren Raum“ uneigennütziger Zugeständnisse entwickeln, sondern gleichzeitig kollektive Handlungsfähigkeiten ausdehnen wird. Kollektive Handlungskompetenz kann freilich nur unterstützt, aber nicht verordnet werden. Mit der Zunahme der Armut ist z.B. die Gefahr kurzschlüssiger Reaktionen verbunden: Zwangsarbeit. Mit dem psychosozialen Elend vieler Arbeitsloser spekulierend könnten Arbeitslager gerechtfertigt werden, weil Beschäftigung eben vielen als Therapie gilt. In diesem Sinn ist die Befreiung von falscher Arbeit eine Forderung, die dem entgegenwirken soll. Er-

werbsarbeit muß eben zum Zweck, daß sie produktiv ausgeführt wird, aber auch, daß sie nicht zur Religion verkommt, auf Freiwilligkeit beruhen. Da der Arbeitsmarkt seine Allokationsfunktion nicht erfüllen kann (Einkommen- und Lebenschancen) und die Konkurrenz um die knapper werdende Zahl offener Stellen und die Disziplin am noch so ungemütlichsten Arbeitsplatz steigt, entsteht eine soziale und politische Notwendigkeit.

Die erste Chance für das Entstehen politischen Handlungsdrucks: arbeits- und beschäftigungspolitische Strategien versagen oder sind zumindest unzureichend. Zweitens: Die Armutsbevölkerung verändert sich in ihrer Zusammensetzung, es werden zunehmend besser Ausgebildete arbeitslos, („neue Mittelstandsarmut“), die gelernt haben mit freier Zeit umzugehen, deren Arbeitsbiographie Lücken aufweist etc. und deren größtes Problem darin liegt, daß es an Einkommen fehlt. Drittens: Arbeitslosigkeit wird als gesellschaftliches, als Arbeitsmarktproblem erkannt und die individuelle Handlungsfähigkeit bleibt halbwegs intakt. Viertens: Die Werte der Arbeitswelt nehmen ab, der Sinn des Lebens wird außerhalb der Erwerbsarbeit gesucht.

Das stellt die Frage nach den Mobilisierungschancen anvisierter Reformen. Auf theoretischer und praktischer Ebene sollte an der weiteren Entkoppelung von (Lohn-)Arbeit und Nicht-Arbeit weitergestrickt werden. Fatal dürfte es sich jedoch auswirken, beschränkte man sich von vornherein auf „leise Sprünge“ oder darauf, die institutionellen Rahmenbedingungen einerseits zu kritisieren aber andererseits zu belassen. Priorität bei sämtlichen Reformüberlegungen müßte haben, daß sowohl Arme als auch Nicht-Arme, Beschäftigte, Vorteile haben sollten. Die Beschäftigten könnten Vorteile vom garantierten Mindesteinkommen haben, wenn es möglich wäre, auch mal eine zeitlang auszusetzen — unter Verzicht auf höheres Einkommen auch mal einen Arbeitsplatz zu räumen, damit ein Arbeitsloser mal „dran kommen kann“. Die so entstehenden fließenden Übergänge zwischen Arbeit und „Freizeit“ ließen sich vielseitig nutzen, z.B. zur Weiterbildung.

Sicherlich sind Übergangsforderungen wichtig — auch beim Mindesteinkommen bleiben die versicherungsrechtlichen Komponenten zunächst erhalten. Größere Einfachheit und Transparenz und weniger Diskriminierung und Bürokratie sind entscheidende Argumente des Mindesteinkommens; es wäre fahrlässig, auf ihre Schlagkraft zu verzichten. Übergangsforderungen entstammten Kompromissen, es wäre töricht, Forderungen von vornherein als Kompromisse auszurichten.

Es wurde vorgeschlagen, die Anwartschaftszeiten beim Arbeitslosengeld zu verkürzen, die Leistungsdauer und die -höhe anzuheben. Die Anhebung der Sozialhilfe-Regelsätze ist ein ergänzender und sicherlich griffiger Vorschlag. Beiden gemeinsam ist, daß möglichst wenig geändert werden soll, damit sich unmerklich viel ändert. So läßlich diese Zugeständnisse und Rücksichtnahmen an die bürgerliche Arbeitsmoral auch sein mögen — politische Reißer sind sie nicht. Man kann das eine tun, sollte aber ein anderes nicht vergessen: wie soziale Phantasien zu wecken sind.

Der liberale Sozialwissenschaftler Daniel Bell meint dazu:

*„Offenkundig wird sich die Revolution steigender Erwartungen, eines der Hauptmerkmale der westlichen Gesellschaft in den vergangenen 25 Jahren in eine Revolution steigender Rechtsansprüche verwandeln. Das kann sich als Forderung nach einem ... Grundeinkommen äußern ...“* (vgl. Bell 1979, 272, Hervorhebung im Original)

Einen Automatismus hierfür gibt es indes nicht.